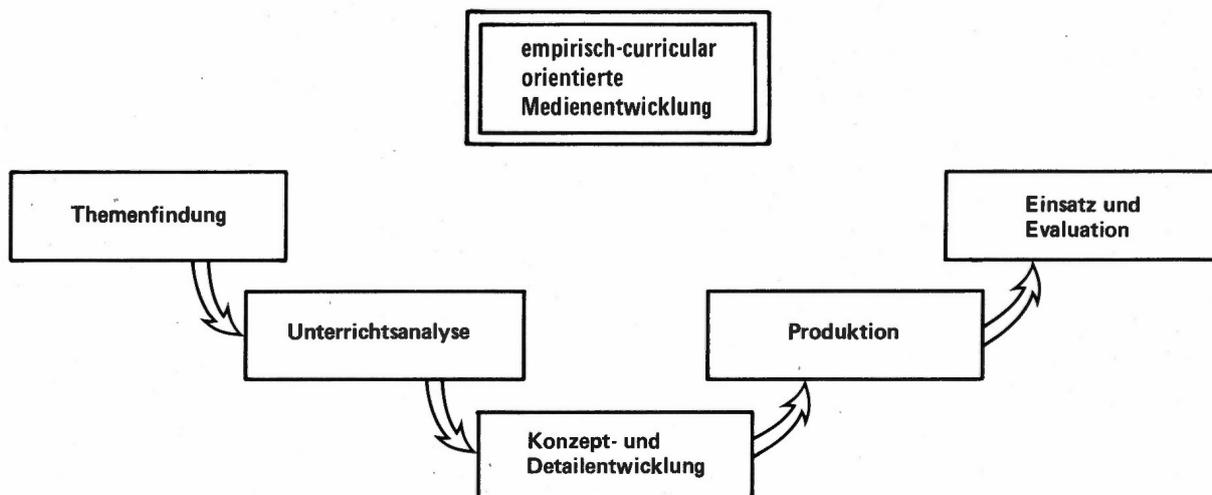


Schaubild 4: Fortbildung von Medienentwicklern auf der Basis eines empirisch-curricular orientierten Konzepts der Medienentwicklung (Hamburger Ansatz)



Workshop: Gliederung, Inhalte, Projektverlauf

Anwendung von Entscheidungskriterien der Inhaltsauswahl; exemplarisches Lernen; didaktische Reduktion; Handlungsorientierung; Projektplanung	Entwicklung von Beobachtungskriterien; Medien in verschiedenen Unterrichtsphasen/Sozialformen; projektbezogene Unterrichtsanalyse	Adaptation und Einübung von Entwicklungsmethoden; Konstruktionsmethodik; Kreativitätstechniken; Teamarbeit; Entwicklung alternativer Projektlösungen	Realisierung der Lösungsalternativen; Erprobung und Weiterentwicklung entsprech. Techniken Materialbeschaffung, Fertigung, Erprobung	Einsatzzerprobung und -optimierung; Einsatzanalyse; Begleitmaterialien; Evaluationskriterien Evaluation der entwickelten Medien
--	---	--	--	---

Seminar: begleitende Inhalte

Diskussion organisatorischer Grundlagen der Medienentwicklung	Diskussion medienpädagogischer Aspekte der Medienentwicklung	Sprachförderung	Erkundung von Institutionen im Zusammenhang der Medienentwicklung
---	--	-----------------	---

Anmerkungen

- [1] Beteiligt am Projekt: Rainer Hinz, Ingolf Kyburg, Klaus Lucas, Dr. Andreas Mielck, Hardy Middendorf, Susanne Neukirch, Dr. Erhard Rathenberg.
- [2] Vgl.: BMZ (Hrsg.): Journalistenhandbuch. Entwicklungspolitik 1984; Bonn 1984; S. 187.
- [3] Vgl.: BMZ (Hrsg.): Politik der Partner. Bonn 1983; S. 102 f.
- [4] Die Darstellung beruht auf Angaben an den Instituten beschäftigter Medienentwickler: Kin Seong Wang (Penang/Malaysia), Kanit Chaloyjunya (Bangkok/Thailand).
- [5] Vgl.: Gauf: Entwicklung naturwissenschaftlich-technischer Lehrmittel (unveröffentlichtes Manuskript). Köln 15.9.1983.
- [6] Vgl.: Bonz, B.: Methoden und Medien im fachkundlichen Unterricht für Maschinenbauberufe. In: Bonz, Bernhard und Antonius Lipsmeier (Hrsg.): Beiträge zur Fachdidaktik Maschinenbau. Stuttgart 1981.
- [7] Vgl.: Rathenberg, E.: Berufsbildung in der Dritten Welt – Hilfe zur Selbsthilfe. Entwicklung eines Ausbildungskonzeptes für die Jugend im ländlichen Ruanda, orientiert am Grundbedarf und angepaßter Technik. Frankfurt 1985.
- [8] Vgl.: Middendorf, H.: Wie veranschauliche ich berufliche Lerninhalte. In: DSE/ZGB (Hrsg.): Berufspädagogik für Partnerländer. Modul Nr. 5; Mannheim 1985. Rathenberg, E./Mielck, A.: Wie entwickelt man Medien für die berufliche Bildung? In: DSE/ZGB (Hrsg.): Berufspädagogik für Partnerländer, Modul Nr. 15; Mannheim 1986.
- [9] Vgl.: Nölker, H., und Schoenfeldt, E.: Berufsbildung: Unterricht, Curriculum, Planung. Grafenau 1980.

Günter Kutscha / Jörg Stender

Kommunale Berufsbildungsberichte – Institutionalisierung und Konzeptentwicklung am Beispiel des Duisburger Modells

1 Vorbemerkungen und Hintergrund

Ergänzend zum Berufsbildungsbericht des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft sind in den vergangenen Jahren von einzelnen Bundesländern, kommunalen Gebietskörperschaften und sonstigen Einrichtungen regionale Berufsbildungsberichte erstellt und veröffentlicht worden. Diese Entwicklung ist aus

Sicht der Berufsbildungsforschung prinzipiell zu begrüßen, weil mit den Regionalstudien empirisch gehaltvolle Materialien bereitgestellt werden, die im Vergleich zu Globalberichten ein differenzierteres Bild – etwa über die Entwicklung der Ausbildungsversorgung – ermöglichen. Bei der Durchsicht der Regionalberichte fällt jedoch auf, daß sie nach Berichtszweck, Aufbau

und Datengrundlage höchst uneinheitlich angelegt und für interregionale Vergleiche derzeit nicht unmittelbar geeignet sind.

Nun ist es sicherlich ein Vorzug regionaler Berufsbildungsberichte, Themenauswahl, statistische Analysekonzepte und Darstellungsformen relativ genau auf die Problemlagen und den Informationsbedarf kleinräumiger Gebiete abstimmen zu können. Man sollte diesen Vorzug nicht ohne Not unter dem Anspruch interregionaler Vergleichbarkeit preisgeben, was weder wünschenswert noch notwendig wäre. Aber wer dafür eintritt, daß regionale Berufsbildungsberichte nicht nur provinziell dem Zufallsprinzip überlassen bleiben, sondern als verbindlicher Bestandteil kommunaler Beobachtungs- und Informationssysteme flächendeckend verankert werden sollten, muß sich mit den dafür erforderlichen Voraussetzungen auseinandersetzen. Sie betreffen insbesondere die Problematik institutionell stabiler Organisationsformen der kommunalen Berichterstattung sowie die Frage nach ergiebigen und für Vergleichszwecke tauglichen Analysekonzepten. Hierzu wollen wir mit Bezugnahme auf das „Duisburger Modell“ einige Überlegungen und Arbeitsergebnisse zur Diskussion stellen. Zwei Berufsbildungsberichte der Stadt Duisburg sind bereits veröffentlicht worden, und der dritte wird derzeit vorbereitet. [1]

Wie kam es dazu? Angesichts der insgesamt schwierigen Versorgungslage und mangels zuverlässiger Informationen über Ausmaß und Struktur des Versorgungsdefizits hatten der städtische Jugendwohlfahrtsausschuß und der Ratsausschuß „Arbeitsgruppe Jugendarbeitslosigkeit“ im Jahr 1983 beschlossen, der Oberstadtdirektor möge den Auftrag erteilen, einen Berufsbildungsbericht für die Stadt Duisburg zu erstellen. Die Konzeptentwicklung sowie die statistische Auswertung und fachliche Interpretation der Daten für den Berufsbildungsbericht wurden dem Fachgebiet Berufspädagogik/Berufsbildungsforschung an der Universität Duisburg anvertraut. Wir übernahmen diese Aufgabe im Rahmen des öffentlichen Forschungsauftrags der Universität Duisburg [2], nachdem die für Berufsbildung zuständigen Stellen (Industrie- und Handelskammer, Handwerkskammer u. a.) und andere wichtige Institutionen, Organisationen und Einrichtungen (z. B. Arbeitsamt, Freie Träger und Gewerkschaften, EG-Modellversuch „Beratung und Förderung Jugendlicher zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit – Modellregion Duisburg“) ihre Kooperation (Bereitstellung und Erfassung von Daten, Expertengespräche u. a.) zugesichert hatten. Trotz oder gerade wegen dieser günstigen Voraussetzungen – Verhandlungen kosten Zeit! – konnten wir unsere organisatorischen und konzeptionellen Vorstellungen im „ersten Durchgang“ allenfalls ansatzweise realisieren. [3] Daß nicht alles im ersten Schritt perfekt gelingt, gehört mit zu den Implementationsbedingungen bei der Erstellung regionaler Berufsbildungsberichte! Der zweite Bericht ermutigt uns zu der Annahme, daß Organisationsform und Analysekonzept (Input-Output-Matrix) als „Modell“ ausbaufähig und auf andere Regionen übertragbar sind. In den folgenden Abschnitten sollen beide Problemkomplexe kommunaler Berufsbildungsberichte angesprochen und durch Hinweise auf besonders bemerkenswerte Analyseergebnisse abgerundet werden.

2 Grundsätze der kommunalen Berichterstattung und institutioneller Bedingungsrahmen

Der „Berufsbildungsbericht Duisburg 1985“ ist der Öffentlichkeit mit einer weitreichenden Perspektive vorgestellt worden: „Die Stadt Duisburg“, so heißt es im Vorwort des Oberstadtdirektors, „will mit dem vorliegenden Bericht zu einer konstruktiven kommunalen Informationspolitik auf dem Gebiet der beruflichen Bildung beitragen. Zwar lassen sich die Probleme der Ausbildungsversorgung und Berufsnot Jugendlicher auf kommunaler Ebene allein nicht zureichend analysieren, geschweige denn lösen; gleichwohl muß die bildungspolitische Diskussion auch und insbesondere „vor Ort“ geführt werden und durch zuverlässige Informationsgrundlagen abgesichert sein. Dafür reichen einmalige Bestandsaufnahmen oder Berichte in mehrjährigen Zeitabständen nicht aus. Die von der Stadt Duisburg angestrebte

Berufsbildungsberichterstattung ist auf Kontinuität angelegt, weil nur so eine ständige Verbesserung des statistischen Instrumentariums und Datenmaterials sowie dessen Interpretation erreicht werden kann.“ Ausgehend von dieser Feststellung verdienen nach unserer Auffassung folgende Grundsätze und deren Problematik besondere Beachtung:

- Einen Beitrag zur „konstruktiven kommunalen Informationspolitik“ können regionale Berufsbildungsberichte nur leisten, wenn sie brauchbar für die politische Diskussion „vor Ort“ sind, also einen raumbedeutsamen Orientierungs-, Entscheidungs- und Prognosewert haben und auf zuverlässigen Informationsgrundlagen basieren. So selbstverständlich diese Forderung zu sein scheint, so schwer ist sie offenbar einzulösen. Wer die Diskussionen anlässlich der Veröffentlichung regionaler Berufsbildungsberichte aufmerksam verfolgt, gewinnt den Eindruck, daß politische Diskussionen über Probleme der beruflichen Bildung nach Veröffentlichung regionaler Berichte eher polemisch als sachlich geführt werden. Der Grund liegt in der Regel darin, daß die bisherigen Regionalberichte sich – analog zum Berufsbildungsbericht des Bundes – meistens auf wenige Globalindikatoren (z. B. Bilanzsalden) konzentrieren und für weiterreichende Analysen nicht über eine zuverlässige Datengrundlage verfügen. Die wichtigste Voraussetzung, die ein regionaler Berufsbildungsbericht unter dem Aspekt der Versachlichung bildungspolitischer Diskussionen erfüllen müßte, sollte deshalb die Zuverlässigkeit von Daten in Verbindung mit deren Vollständigkeit sein. Vollständigkeit kann freilich nur im Rahmen eines Konzepts angestrebt werden, das eine systematische Verknüpfung bzw. Verflechtung verfügbarer Daten ermöglicht. Genau dies wird mit der Input-Output-Matrix angestrebt. Als konzeptionelles Kernstück des Berufsbildungsberichts Duisburg erfolgt durch sie die planmäßige Koordination der Daten wie auch deren Auswertung (vgl. hierzu Teil 3).
- Zuverlässigkeit und systematische Vollständigkeit von Daten erfordern die Kontinuität der Berichterstattung. Dieser Grundsatz ist unseres Wissens in keiner Region, in der Berufsbildungsberichte erstellt wurden, realisiert worden. Die Ursache dafür liegt offenbar in der unzulänglichen Institutionalisierung der regionalen Berichterstattung. Die meisten Regionalstudien sind als Einzelberichte von interesseengebundenen Organisationen oder als Auftragsarbeiten von wissenschaftlichen Einrichtungen erstellt worden. Als Herausforderung an politische Entscheidungsinstanzen haben sie ihren guten Sinn. Allerdings ersetzen sie keine kontinuierliche Berichterstattung im Rahmen eines kommunalen Beobachtungs- und Beratungssystems. Für bildungsplanerische und -politische Zwecke ist dem institutionellen Bedingungsrahmen ebenso große Bedeutung beizumessen wie dem Konzept zur inhaltlichen Gestaltung des Berufsbildungsberichts. In Duisburg wurde deshalb großer Wert darauf gelegt, daß der Berufsbildungsbericht in der kommunalen Selbstverwaltung institutionell verankert ist. Da eine gesetzliche Grundlage für die Erstellung regionaler Berufsbildungsberichte fehlt, erfolgt die Beauftragung dafür auf der Grundlage von Beschlüssen der zuständigen Ratsausschüsse durch den Oberstadtdirektor. In diesem Verfahren sichert die politische Zuständigkeit der kommunalen Selbstverwaltung Kontinuität; zugleich wird mit der Beauftragung einer wissenschaftlichen Einrichtung ein hohes Maß an Unabhängigkeit in der Berichterstellung gewährleistet.
- Das Duisburger Modell basiert noch auf einem dritten Pfeiler: der freiwilligen Kooperation aller mit Fragen der Berufsbildung befaßten Institutionen und Organisationen. Soll freiwillige Kooperation auch effizient sein, so ist gut organisierte Koordination unverzichtbar. In dieser Absicht ist in Duisburg während der letzten Jahre ein regionales Verbundsystem der Jugendberufshilfe aufgebaut worden, dessen Bedeutung für die Institutionalisierung der Berufsbildungsberichterstattung nicht hoch genug eingeschätzt werden kann. Als wichtigste

Koordinierungsinstanzen gehören zu diesem Verbundsystem der Ratsausschuß „Arbeitsgruppe Jugendarbeitslosigkeit“ und der „Koordinierungskreis Jugendarbeitslosigkeit“. Der Ratsausschuß setzt sich zusammen aus den Fraktionsvertretern der Parteien sowie aus Fachleuten für Fragen der beruflichen Bildung und Jugendarbeitslosigkeit (z. B. Vertreter der Kammern, des Arbeitsamts, der großen Ausbildungsbetriebe, der Freien Träger, Gewerkschaften, Schulen und Verwaltung). Seine wesentliche Aufgabe ist die Vorbereitung von Ratsbeschlüssen, beispielsweise in Zusammenhang mit der Lesung des Berufsbildungsberichts. Der „Koordinierungskreis Jugendarbeitslosigkeit“ setzt sich als Expertenkreis ähnlich zusammen wie der Ratsausschuß „Arbeitsgruppe Jugendarbeitslosigkeit“; anders als dieser jedoch ist er für die Beratung der Verwaltung zuständig. So wird der Entwurf des Berufsbildungsberichts erst nach Abschluß der Sachdiskussion im Koordinierungskreis (etwa über konzeptionelle Grundsatfragen oder statistische Details) von der Stadtverwaltung (Koordinierungsstelle Jugendarbeitslosigkeit beim Jugendamt) als Mitteilungsvorlage an die zuständigen Ratsausschüsse weitergeleitet. Dieses Verfahren hat sich bewährt: Es erleichtert bei der Erstellung des Berufsbildungsberichts die Kooperation mit Experten, sichert ein Höchstmaß an fachlicher Kompetenz und trägt dazu bei, daß sich bildungspolitische Diskussionen in den dazu legitimierten Instanzen auf inhaltliche Fragen sowie auf die Diskussion von Problemlösungskonzepten konzentrieren, statt sich mit statistischen Fliegenbeinzählereien zu belasten. Die Funktionalität dieses Systems verlangt seinen „Preis“: nämlich daß der Berufsbildungsbericht sich auf das beschränkt, was wissenschaftlich vertretbar ist. Ob dazu auch Handlungsempfehlungen gehören, ist umstritten und wissenschaftlich wohl kaum zu entscheiden. [4] Das Konzept für den Berufsbildungsbericht Duisburg schließt diese Möglichkeit nicht aus. Die Input-Output-Analyse als Kernstück des Konzepts zielt auf eine problemorientierte Analyse quantitativer Zusammenhänge ab und versucht damit Entscheidungen und Maßnahmeplanungen anzuregen, die letztlich politisch verantwortet werden müssen.

3 Das Konzept der Input-Output-Matrix

Bei der Input-Output-Matrix handelt es sich äußerlich um eine Darstellungsform, die auf der einen Seite alle Schulabgänger,

Einpendler und das Altnachfragerpotential des Berichtsjahres ausweist und diesen auf der anderen Seite alle in Bildungsgängen versorgten Jugendlichen gegenüberstellt. Durch spezielle Sonderauswertungen bei den „zuständigen Stellen“, im Schulverwaltungsamt sowie bei den Trägern ausbildungsfördernder Maßnahmen der Stadt Duisburg war es dabei möglich, die Herkunfts- und die Verbleibseite nicht nur bilanzartig gegenüberzustellen, sondern sie miteinander durch die Angabe der jeweiligen Übergangsströme beziehungsweise Übergangsquoten zu verknüpfen. Insofern stellt die Input-Output-Matrix ein methodisch weiterentwickeltes Konzept zur Berufsbildungsbilanz des Bundesinstituts für Berufsbildung dar.

Die Matrix enthält in ihrer Kopfspalte (vgl. Matrix 1984) die abgebenden und in ihrer Kopfzeile die aufnehmenden Pole des Bildungssystems. Für jeden der „liefernden“ Pole wird zeilenweise der Verbleib der Jugendlichen in den verschiedenen Bildungsgängen absolut oder prozentual nachgewiesen. Dies bedeutet, daß die einzelnen Matrixfelder die Übergangsquoten beziehungsweise Übergangsströme irgendwo zwischen zwei Polen ausweisen. Beispielsweise mündeten von allen Absolventen des Berufsvorbereitungsjahres in Duisburg (vgl. Zeile 6 der Matrix) 7,2 Prozent in eine betriebliche Ausbildungsstelle dieser Region; 6,8 Prozent wechselten in das Berufsgrundschuljahr und 1,5 Prozent in die Berufsfachschule; 0,4 Prozent erhielten eine Ausbildungsstelle in einer anderen Region. Hingegen verblieben insgesamt 18,3 Prozent der gesamten Abgängergruppe im berufsvorbereitenden Bereich. Durch Differenzenbildung ergibt sich, daß ungefähr zwei Drittel der BVJ-Absolventen das Bildungssystem verlassen haben. Dabei kann es sich – wie bei den übrigen bildungsgangspezifischen Einzelsalden – um ausbildungslose Jugendliche handeln, die ausbildungsfähig und ausbildungswillig sind, aber auch um Jugendliche, die nicht eine qualifizierte Ausbildung wünschen oder für sie nicht geeignet sind, sowie um Jugendliche, die in ein Beschäftigungsverhältnis eingetreten sind, ohne über eine abgeschlossene Berufsausbildung zu verfügen. [5] Alle diese Jugendlichen tragen nachgewiesenermaßen ein besonders hohes Beschäftigungsrisiko. Durch Summation der Einzelsalden wird der Gesamtsaldo der Jugendlichen errechnet, die ohne abgeschlossene Berufsausbildung das Bildungssystem verlassen. Dieser Gesamtsaldo ist im wesentlichen [6] mit dem Bilanzsaldo der Berufsbildungsbilanz zu vergleichen.

Input-Output-Matrix 1984 INSGESAMT (Übergangsquoten in %)

Herkunft	Verbleib	INSGESAMT											Saldo		Herkunft absolut		Saldo absolut	
		DS	BGJ	BFS	FOS	GyOb	BW ¹⁾	Stud. ¹⁾	Auspendler ²⁾ (DS)	BVJ	JOA	Maßnahmen ³⁾	m	w	m	w		
SS ⁴⁾	100	5,6	3,2	0	0	0	—	—	6,1	32,9	11,9	12,6	27,7	323	233	104	50	
HS/GS	100	38,5	7,0	10,8	1,3	2,0	—	—	2,6	11,0	10,9	1,4	14,5	2365	2164	299	356	
RS	100	43,7	2,2	17,8	4,6	10,6	—	—	5,6	0,5	0,1	0	14,9	474	626	40	124	
Gy	100	26,3	0,1	4,3	1,6	0,9	21,3	25,7	4,8	0,1	0	0,1	14,8	1029	1009	38	264	
BVJ	100	7,2	6,8	1,5	0	0	—	—	0,4	1,9	10,5	5,9	65,8	333	343	211	234	
BGJ	100	23,6	0	8,3	0	0	—	—	1,3	0	1,0	0,7	65,1	114	187	62	134	
BFS ⁵⁾	100	42,2	5,0	8,1	4,7	0	0,4	—	6,8	0,9	0	1,9	30,0	184	493	30	173	
FOS ⁵⁾	100	23,3	1,0	0	0	0,6	16,0	39,3	2,5	0	0	1,8	15,3	104	59	24	1	
Altnachfragerpotential ⁶⁾	100	41,8	—	1,5	0,2	0,2	—	—	4,0	0	—	5,9	46,4	1339	1863	411	1076	
Einpendler ⁷⁾	100	100	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	756	406	—	—	
Summe	100	39,8	3,3	6,3	1,1	1,6	3,2	4,1	3,5	4,9	4,4	2,6	25,2	7021	7383	1219	2412	
Abzüglich der Zahl der Beamtenanwärter und Jugendlichen in Schulen des Gesundheitswesens (358 m/352 w) ergeben sich folgende Salden ⁸⁾ :													20,3		861	2060		

Erläuterungen zur Matrix:

Aus Platzgründen wird hier nur die Gesamtmatrix mit den Übergangspunkten wiedergegeben. Die Absolutzahlen in der rechten Nebentabelle ermöglichen einen Einblick in die Größenordnung der Übergangsströme und Salden („drop out“). Im Berufsbildungsbericht Duisburg sind die entsprechenden Matrizen mit den Absolutzahlen enthalten, und zwar differenziert nach männlichen (m) und weiblichen (w) Jugendlichen. Die o. g. Abkürzungen verweisen auf schulische und außerschulische Bildungsgänge. So besagt die Quote 5,6 in der ersten Zeile: 5,6 Prozent aller Absolventen der Sonderschule (SS) gingen in eine Berufsausbildung des dualen Systems (DS). Bezüglich der mit Index spezifizierten Positionen gelten folgende Annahmen:

- 1) Geschätzt auf der Grundlage der Schulabgängerbefragung.
- 2) Geschätzt auf der Grundlage der Pendlerstatistik des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung und korrigiert mittels der Strukturzahlen für die im Rahmen der Sonderauswertung der Kammerstatistiken registrierten Einpendler.
- 3) Ausgewiesen werden nur Jugendliche, die im Rahmen der Sonderauswertung der Maßnahmenstatistik registriert wurden und
 - nicht die Berufsschule besuchen sowie
 - nicht älter als 25 Jahre alt sind.
- 4) Die Angaben zum Verbleib beinhalten auch Teilnehmer in Maßnahmen für Behinderte einschließlich Ausbildung nach §§ 25, 48 BBiG (Grundlage: Angaben des Arbeitsamts Duisburg). Die geschlechtsspezifische Verteilung der Teilnehmer dieser Maßnahmen mußte geschätzt werden auf der Grundlage des Anteils weiblicher Jugendlicher an den Sonderschulabsolventen.
- 5) Bei den Abgängern wurden nur jene ausgewiesen, die über keine abgeschlossene Berufsausbildung verfügen. Bei den Fachoberschulen handelt es sich dabei um eine vorläufige Schätzung.
- 6) Die Altnachfragerberechnung erfolgte auf der Grundlage der Monats-Bewerberstatistik der Bundesanstalt für Arbeit für Duisburg im April 1985. Hier wurde insgesamt ein Altnachfrageranteil an Bewerbern von ca. 26 Prozent registriert. Dementsprechend wurde unterstellt, daß neben allen Schulabgängern 1984 26 Prozent Altnachfrager zu berücksichtigen sind. Der in den Übersichten und Tabellen ausgewiesene Altnachfrageranteil liegt niedriger, da
 - die nicht in der Bewerberstatistik enthaltenen potentiellen Studienanfänger und Bundeswehrpflichtigen bei der Berechnung von den Abgängerzahlen zu subtrahieren waren und
 - sich bei geschlechtsspezifischer Berechnung ein insgesamt geringerer Altnachfrageranteil ergab, weil in der Bewerberstatistik weibliche Jugendliche mit ihren überdurchschnittlichen Altnachfragerquoten überrepräsentiert sind.

Das angewandte Schätzverfahren ist vom Bundesinstitut für Berufsbildung durch Stichprobenerhebungen validiert worden. Für Duisburg ergibt sich folgende Gegenrechnung:

– Teilnehmer an ausbildungsfördernden und berufsvorbereitenden Maßnahmen sowie übrige Jugendliche in der Teilzeit-Berufsschule in Jungarbeiterklassen 1983 (Da keine Daten für 1983 verfügbar – Schätzung mit der Teilnehmerzahl von 1984)	: ca. 1.000
– BVJ-Abgänger ohne anschließende Ausbildung 1983	: ca. 550
– BGJ-Abgänger ohne anschließende Ausbildung 1983	: ca. 170
– Abbrecher im Dualen System (Schätzung auf der Grundlage der ausbildungsbereichsspezifischen NRW-Daten für 1982)	: ca. 780
– Bundeswehr-/Zivildienstabsolventen 1983 (geschätzt durch Zahl der entsprechenden Neuzugänge 1984/85)	: ca. 460
– Zugänge in die 2. Ausbildungsstufe 1984	: ca. 200
	3.160

Darüber hinaus sind Altnachfrager aus 1982 zu berücksichtigen. In der Bewerberstatistik der Bundesanstalt für Arbeit für Duisburg im April 1985 wurden 11,0 Prozent Altnachfrager aus dem Jahr 1983 und früher ausgewiesen.

Bei der Berechnung der Einmündungen in eine betriebliche Ausbildung wurde der Altnachfrageranteil um 5 Prozentpunkte reduziert, da nach Ergebnis einer Analyse der Bundesanstalt für Arbeit für 1981 in Großstädten der Anteil der Altnachfrager bei den Einmündungen um 5 Prozentpunkte niedriger lag als bei den Bewerbern insgesamt. Diese Annahme stützt auch die Entwicklung der Altnachfragerquote bei den Einmündungen in der Bewerberstatistik zwischen Januar 1985 und April 1985:

Anteil der Altnachfrager bei den Einmündungen in eine betriebliche Ausbildung:

Januar 1985:	58 Prozent
Februar 1985:	49 Prozent
März 1985:	35 Prozent
April 1985:	26 Prozent

Die ungünstigeren Einmündungschancen dürften durch die spezifische Klientel dieser Gruppe (Jugendliche ohne Hauptschulabschluß, BVJ- und Sonderschulabsolventen und Ausländer) zu erklären sein.

- 7) Die Zahl der Einpendler weicht ab von den Ergebnissen der Sonderauswertungen, da das Einpendlervolumen in der Input-Output-Analyse hochgerechnet wurde auf die Gesamtzahl der Neuabschlüsse.
- 8) Schätzung des Bundesinstituts für Berufsbildung. Die geschlechtsspezifische Verteilung mußte auf der Grundlage des Mädchenanteils bei den Abgängern aus den Haupt-, Gesamt- und Realschulen sowie Gymnasien vorgenommen werden.

Der Ansatz, der in der Ökonomie schon eine lange Tradition hat, wurde konzeptionell von STONE [7] eingeführt. In der Bundesrepublik Deutschland nahm das Konzept der Input-Output-Matrix im Rahmen der bildungsstatistischen Reformdiskussion zu Beginn der 70er Jahre zentralen Stellenwert ein. FENGER [8] und WAGENFÜHR [9] sahen in ihr – ebenso wie später HEGELHEIMER [10] – ein „bildungsstatistisches Fernziel“. Indes scheiterte eine empirische Realisation dieses Konzeptes bisher an der Lückenhaftigkeit des veröffentlichten Zahlenmaterials. [11] Dies ist um so bedauerlicher, als die notwendigen Informationen durchaus erhoben, nicht aber ausgewertet und weitergeleitet werden. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes [12] werden die Daten der Kammern von den jeweiligen Spitzenverbänden vorab konzentriert und zur anschließenden Verarbeitung weitergeleitet. Die durch dieses Verfahren erstell-

ten Statistiken enthalten dementsprechend lediglich summarische Angaben zu den in § 5 (1) Berufsbildungsförderungsgesetz genannten Bereichen. Dies bedeutet aber einen Verzicht auf relevante und für eine rationale Bildungspolitik und -planung sowie für eine empirisch fundierte Berufsbildungsforschung dringend erforderliche Informationen, da nicht mehr – wie HUBER [13] zu Recht forderte – das Datengerüst nach allen denkbaren Gesichtspunkten gruppiert und berechnet werden kann. Sinnvoller erscheint eine datensatzorientierte – aus Datenschutzgründen anonymisierte – Abspeicherung aller relevanten, bei den zuständigen Stellen, Schulen und Trägern ausbildungsfördernder Maßnahmen verfügbaren Daten in computer-gestützten Informationssystemen. [14] In Duisburg ist anlässlich der Erstellung des Berufsbildungsberichts Duisburg der Aufbau eines solchen regionalen Berufsbildungsinformationssystems

gelungen. [15] Auf der Grundlage einer Individualstatistik war es möglich, bildungsstatistische Informationen so zu ordnen und zu verknüpfen, daß der Aufbau einer nach verschiedenen Kriterien differenzierbaren Input-Output-Matrix möglich wurde. Damit stellt dieses Indikatorensystem einen zentralen Bestandteil des Duisburger Berufsbildungsinformationssystems dar und bildet zugleich die Basis für ein geplantes regionales Frühwarnsystem.

Der Ansatz gewinnt derzeit insofern an Bedeutung, als bei zunehmender Ausdifferenzierung ausbildungsfördernder sowie arbeits- und ausbildungsmarktentlastender Maßnahmen die tatsächlichen und zu erwartenden Versorgungslagen immer undurchsichtiger und darauf bezogene bildungspolitische Entscheidungen fragwürdiger werden. Informationen über den Bildungsweg der Jugendlichen zwischen dem Zeitpunkt des Abgangs aus allgemeinbildenden Schulen und dem Eintritt in eine betriebliche Ausbildung sind mithin für Bildungsforschung und -politik unverzichtbar. [16] In der Feststellung und Analyse dieser realisierten Übergangsströme zwischen den einzelnen Bildungsgängen der Sekundarstufe II ist die zentrale Zielsetzung der Input-Output-Matrix zu sehen. Indem typische „Bildungskarrieren“ aufgezeigt werden, können „Warteschleifen“ im Bildungswesen transparent und einer Beurteilung dadurch zugänglich gemacht werden, daß angegeben wird, welche dieser Bildungskarrieren in der „Sackgasse“ einer Jungarbeitertätigkeit oder gar der Arbeits- oder Ausbildungslosigkeit münden. [17] Damit erlaubt der Ansatz, die Gruppe der Jugendlichen, die das Bildungssystem ohne eine abgeschlossene Berufsausbildung verlassen, nicht nur – wie etwa in der Berufsbildungsbilanz des Bundesinstituts für Berufsbildung – global zu quantifizieren, sondern zugleich auch strukturell zu erfassen. Dies ermöglicht eine bessere Interpretation des Gesamtsaldos der „Unversorgten“ und macht ihn für bildungspolitische Entscheidungen fruchtbar.

Bei der Berechnung der Übergangsquoten waren Schätzungen unumgänglich. Die dabei angewandten Verfahren können hier nicht ausführlich thematisiert werden; hierzu sei auf die Fußnoten zur Matrix 1984 verwiesen. Im folgenden sollen nur zwei grundsätzliche Probleme erwähnt werden: Das für die Input-Output-Matrix zentrale Merkmal der genannten Sonderauswertungen der Zugangsstatistiken war das Merkmal der „zuletzt besuchten Schule“, das die Grundlage für die Verknüpfung mit der Abgängerstatistik bildete. Um aus diesem Merkmal Rückschlüsse auf die Übergangsströme ziehen zu können, mußten insbesondere Korrekturen bezüglich Altnachfrager und Pendler vorgenommen werden. Altnachfragerkorrekturen wurden nicht nur – in analoger Anwendung des vom Bundesinstitut für Berufsbildung konzipierten [18] und für Duisburg durch eine Gegenrechnung validierten Schätzverfahrens – auf der Abgängerseite, sondern auch auf der Zugangsseite durchgeführt. Zentrale Grundlage für die zuletzt angesprochene Schätzung war dabei zum einen die Berufsberatungsstatistik des Arbeitsamts Duisburg [19] beziehungsweise des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) sowie zum anderen die Kammernstatistik, die für die Herausrechnung der Zugänge in die zweite Ausbildungsstufe herangezogen wurden. [20] Die zuletzt genannten Statistiken bildeten auch die Basis für eine Pendlerkorrektur. Bei der Analyse der Neuabschlüsse im dualen System ergab sich, daß mehr als jeder fünfte Ausbildungsvertrag mit einem Einpendler abgeschlossen worden ist. Dieser Anteil lag rund 2,5fach höher als in der Berufsberatungsstatistik. Eine entsprechende Untererfassung wurde auch für die Auspendlerstatistik des IAB unterstellt. [21]

Die in der Input-Output-Matrix 1984 errechneten Übergangsströme geben erste Anhaltspunkte zur Beurteilung der gegenseitigen Verflechtungen im regionalen Bildungssystem. Damit können strukturbedingte Desiderate aufgezeigt und regionsorientierte bildungspolitische Entscheidungen fundiert werden. Eine weitere Reduzierung des Fehlerspielraums bei der Errechnung der Übergangs- und Abgangsquoten setzt indes noch die Lösung weiterer statistischer Probleme voraus. Sie betreffen insbesondere

die Schätzung der Pendlerströme in Schulen sowie die Quantifizierung und Strukturierung der Gruppe der Jugendlichen, die in eine Beamtenlaufbahn eintreten oder in eine Schule des Gesundheitswesens wechseln. Hierzu werden zur Zeit Umfragen bei den jeweils zuständigen Instanzen durchgeführt. Außerdem ist für das Frühjahr 1986 vom Amt für Statistik und Stadtforschung der Stadt Duisburg eine Stichprobenerhebung bei Duisburger Jugendlichen geplant, die auch Informationen bezüglich der Schätzgrößen der Input-Output-Matrix liefern soll.

4 Ergebnisse und Perspektiven

Als zentrale Ergebnisse des Berufsbildungsberichts Duisburg 1985 sind festzuhalten:

- Nicht alle Jugendlichen hatten nach Geschlecht, Staatsangehörigkeit, schulischer Herkunft oder erworbenen Schulabschlüssen die gleiche Chance, eine Berufsausbildung zu erhalten. Den Realschul- und Berufsfachschulabsolventen bieten sich im Durchschnitt besonders günstige Ausbildungschancen. Und zunehmend münden auch Absolventen des Gymnasiums in die Berufsausbildung ein. Demgegenüber befanden sich Absolventen aus dem BVJ und dem BGJ – also gerade aus jenen Bildungsgängen, denen eine besondere Ausgleichs- und Förderungsfunktion zukommt – in einer auffallend schlechten Versorgungslage: Obwohl fast drei Fünftel aller BVJ-Schüler und drei Viertel der BGJ-Schüler ihren Wunsch nach einer Berufsausbildung bekundeten, mündeten 1984 nicht einmal ein Zehntel aller BVJ-Absolventen und nur knapp ein Viertel der BGJ-Absolventen in ein Berufsausbildungsverhältnis ein.
- Die Ausbildungssituation der Mädchen ist besonders ungünstig. Ihr Anteil an den Neuabschlüssen betrug 41,6 Prozent. Dabei standen ihnen weniger Ausbildungsberufe zur Wahl als Jungen, und sie wurden überdies überwiegend nur in zweijährigen Ausbildungsberufen ausgebildet.
- Die besondere Problemlage weiblicher Jugendlicher kommt spiegelbildlich in der Gruppe derjenigen Jugendlichen zum Ausdruck, die das Bildungssystem ohne Berufsausbildung verlassen haben: Von den 3000 Jugendlichen dieser Gruppe waren 70 Prozent Mädchen. Überrepräsentiert in dieser Klientel waren darüber hinaus insbesondere Jugendliche aus dem BVJ, aus dem BGJ und aus dem Altnachfragerpotential.

Die dargestellten Ergebnisse und die bislang noch nicht ausgewerteten Daten bedürfen einer weitergehenden Analyse, zum Beispiel in berufsstruktureller Hinsicht. Dabei sollten die bisher angewandten Instrumentarien und Analysekonzepte fortentwickelt und längerfristig in ein umfassendes Indikatorensystem zur laufenden Stadtbeobachtung [22] und für Zwecke der Ausbildungsmarktprognose („Frühwarnsystem“) implementiert werden.

Anmerkungen

- [1] Vgl.: Stadt Duisburg (Hg.): Berufsbildungsbericht Duisburg 1984, Duisburg 1984; Stadt Duisburg (Hg.): Berufsbildungsbericht Duisburg 1985, Duisburg 1985.
- [2] Hierzu wird im Fachgebiet Berufspädagogik/Berufsbildungsforschung der Universität-Gesamthochschule Duisburg ein vom Minister für Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen gefördertes Forschungsprojekt durchgeführt (Titel: „Ausbildungsversorgung in der Problemregion Duisburg – Aufbau und Anwendung eines computergestützten Berufsbildungs-Informationssystems“).

- [3] Vgl.: Kutscha, G./Stender, J.: Berufsbildungsbericht Duisburg 1984 – Ansatz zur Entwicklung eines regionalen Berufsbildungsinformationssystems. In: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis, 14. Jg. (1985), Heft 1, S. 6 ff.
- [4] Eine besonders reizvolle, aber nicht unproblematische Form der Verknüpfung von quantitativer Analyse und kommunalpolitischen Handlungsempfehlungen enthält der „Berufsbildungsbericht für die Landeshauptstadt München – Ausbildungsjahr 1984/85“ (erstellt durch die Arbeitsgemeinschaft für Angewandte Sozialforschung GmbH und die Forschungsgruppe Berufspädagogik Geissler, K. A., u. a.). Ähnlich auch: Apel, G.: Vierter Bericht an den Senat über dringliche Probleme auf dem Ausbildungsstellenmarkt in Hamburg, Hamburg 1985.
- [5] Verzerrt sind diese Abgangsquoten zum einen durch die fehlenden Strukturangaben zu den Beamtenanwärtern und zu den Schulen im Gesundheitswesen sowie zum anderen durch den Wanderungssaldo in der Region. Diese beiden Probleme dürften bestimmend sein für die Salden bei den Schulabgängern allgemeinbildender Schulen. Zur Interpretation der Einzelsalden ist darum die Matrix um eine Reihe nachrichtlicher Größen ergänzt worden.
- [6] Abweichungen sind insbesondere auf folgende Punkte zurückzuführen:
- Berücksichtigung zusätzlicher berufsvorbereitender Maßnahmen,
 - Herausrechnung von Schulabgängern, die bereits über eine abgeschlossene Berufsausbildung verfügen,
 - genauere Erfassung der Schulzugänge. Hier waren regional genauere Informationen verfügbar als die überregionalen Statistiken ausweisen.
- [7] Vgl. Stone, R.: A Model of the Educational system. In: Minerva, Band 3 (1962). Zitiert nach Zedler, P.: Einführung in die Bildungsplanung, Stuttgart 1979.
- [8] Vgl.: Fenger, H., u. a.: Bildungsstatistik in der Bundesrepublik Deutschland. In: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 3 (1970) 1, S. 63.
- [9] Vgl.: Wagenführ, R., u. a.: System und Organisation der Bildungsstatistik, Stuttgart 1971, S. 11–28.
- [10] Vgl.: Hegelheimer, A.: Struktur- und Prognosemodell des Berufsbildungssystems in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin 1981, S. 9.
- [11] Eine empirische Umsetzung auf Stichprobenbasis gelang einmalig für Baden-Württemberg. Vgl.: Weiszäcker, C. C. v., u. a.: Simulationsmodell für Bildungssysteme, Weinheim 1972.
- [12] Vgl.: Statistisches Bundesamt (Hg.): Berufliche Bildung 1980, Fachserie 11, Reihe 2, Stuttgart und Mainz 1981, S. 5.
- [13] Vgl.: Huber, H.: Dateien im Bildungswesen. In: Bildung und Erziehung, 31 (1978), 1, S. 23.
- [14] Der Aufbau von Informationssystemen in der Bildungsstatistik ist bereits mehrfach gefordert worden. Vergleiche zum Beispiel: Fenger, H., u. a.: Problemanalyse zur Entwicklung eines Instrumentariums der Berufsbildungsstatistik als Grundlage eines Informationssystems. Teil II: Die Funktion einer verbesserten Berufsbildungsstatistik in einem umfassenden Informationssystem zur Berufsbildung, Erlangen 1972, unveröffentlichtes Manuskript.
- [15] Vgl.: Kutscha, G./Stender, J.: Berufsbildungsbericht Duisburg 1984 – Ansatz zur Entwicklung eines regionalen Berufsbildungsinformationssystems. In: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis, 14. Jg. (1985), Heft 1, S. 6-9. Am Aufbau dieses Informationssystems waren neben den Autoren beteiligt die Herren Guzinski, U.; Hemming, R.; Hilbers, J.; Schallwig, U.; Weiss, W.
- [16] So auch: Althoff, H.: Anmerkungen zur Kalkulation von Übergangsquoten. In: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis, 14. Jg. (1985), Heft 3, S. 112.
- [17] Damit wird zugleich eine Kritik von Braun an der Berufsbildungsgesamtrechnung von Brandes und Rosemann aufgenommen, der Aussagen über „Teilversorgungen“ in Bildungsgängen mit dem Hinweis bemängelt, daß nicht angegeben werden könne, „wie viele anschließend ... ‚vollversorgt‘ werden“ (Braun, P.: Diskussionsbeitrag zu Brandes/Rosemann in BWP 2/81. In: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis, 10. Jg. (1981), Heft 4, S. 26).
- [18] Vgl. Menk, A./Brandes, H.: Informationen zur regionalen Ausbildungsplatzsituation in Nordrhein-Westfalen 1982/83, Materialien und statistische Analysen zur beruflichen Bildung, Heft 51, Berlin und Bonn 1984, S. 132.
- [19] Hierbei wurden insbesondere die Einmündungsfälle bezüglich des Altnachfrageranteils analysiert.
- [20] Zu den Verzerrungen der Zugänge bei der Statistik der Neuabschlüsse im dualen System, vgl.: Althoff, H.: Entwicklung der Berufsbildungsstatistik und Probleme ihrer bildungspolitischen Verwertung. In: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis, 13. Jg. (1984), Heft 3, S. 78
- [21] Im übrigen sei darauf hingewiesen, daß fehlende Angaben in einer Statistik durch Angaben einer anderen Statistik geschätzt werden. So werden beispielsweise fehlende Kammerdaten zur „zuletzt besuchten Schule“ geschätzt durch die entsprechenden Angaben zum selben Ausbildungsberuf in der Berufsschulstatistik.
- [22] Bensch, G.: Indikatoren zur laufenden Stadtbeobachtung. In: Stadt Duisburg – Amt für Statistik und Stadtforschung (Hg.): Statistischer Monatsbericht 1 '85, Duisburg 1985, S. 6 ff.

Anschriften und Autoren dieses Heftes

Albrecht Bendziula; stv. Vorsitzender des Hauptausschusses des BIBB*), Enka AG, Kasinostraße 5600 Wuppertal 1

Dr. Michael Brater/ Ute Büchle; Gesellschaft für Ausbildungsforschung und Berufsentwicklung e.V., Camerloherstraße 55 a, 8000 München 21

Dr. Franz Coester; ehem. Vorsitzender des Hauptausschusses des BIBB*), ehem. Ministerialdirektor im Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft, Heinemannstraße 2, 5300 Bonn 2

Günter Cramer; Vorsitzender der Berufsbildungsausschüsse des Gesamtverbandes der metallindustriellen Arbeitgeberverbände (Gesamtmetall) und des Zentralverbandes der Elektrotechnischen Industrie (ZVEI), AEG Aktiengesellschaft, Theodor-Stern-Kai 1, 6000 Frankfurt am Main 70

Gustav Fehrenbach; stv. Vorsitzender des Hauptausschusses des BIBB*), Deutscher Gewerkschaftsbund – Bundesvorstand –, Hans-Böckler-Straße 39, 4000 Düsseldorf 30

Dr. Hans-Peter Freytag; Industrie- und Handelskammer Kassel, Ständeplatz 17, 3500 Kassel

Prof. Dr. Günter Kutscha / Jörg Stender; Universität Duisburg – Gesamthochschule, Fachgebiet Berufspädagogik/Berufsbildungsforschung, Lotharstraße 65, 4100 Duisburg 1

Hardy Middendorf ist Gewerbelehrer an der Gewerbeschule Fertigungs- und Flugzeugtechnik in der Abteilung Fertigungstechnik (Werkzeugbau), Brekelbaum-Park 10, 2000 Hamburg 26, und Mitarbeiter im vorgenannten Medienentwicklungsprojekt

Paul Harro Piazzolo; Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft, Heinemannstraße 2, 5300 Bonn 2

Dr. Erhard Rathenberg ist Gewerbelehrer an der Gewerbeschule Fertigungs- und Flugzeugtechnik in der Abteilung Flugzeugtechnik, Brekelbaum-Park 10, 2000 Hamburg 26, und Leiter eines Medienentwicklungsprojekts für Stipendiaten aus Übersee in Hamburg

Dr. Hermann Schmidt; Generalsekretär des Bundesinstituts für Berufsbildung, Fehrbelliner Platz 3, 1000 Berlin 31, und Friesendorfer Straße 151, 5300 Bonn 2

Prof. Dr. Hans Sehling; Vorsitzender des Hauptausschusses des BIBB*), Ltd. Ministerialrat, Abteilungsleiter im Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Winzererstr. 9, 8000 München 43

Christine Suchanka; Deutscher Industrie- und Handelstag, Adenauerallee 148, 5300 Bonn 1

*) Stand: Februar 1986